

Vorab per Telefax: 08243 / 960110

17 Seiten

Noerr

Noerr LLP | Brienner Str. 28 | 80333 München

Gemeinde Denklingen
Hauptstraße 23
86920 Denklingen

Dr. Peter Bachmann
Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Noerr LLP
Brienner Str. 28
80333 München
Deutschland
www.noerr.com



München, den 19.08.2015

**Gemeinde Denklingen - 21. Änderung Flächennutzungsplan
(Tankstelle Lustberg + Gaststätte Lustberghof an der B 17 /
Westeseite); hier: Einwendungen der Allguth GmbH, von
Herrn Gottfried Mack und Herrn Willi Maier**

Assistenz Angelika Löser
T +49 89 28628277
T +49 89 286280 (Zentrale)
F +49 89 280110
Peter.Bachmann@noerr.com

Unser Zeichen: M-1760-2015
PBA/TUI/cas

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit zeigen wir an, dass wir Herrn Willi Maier als Eigentümer des Grundstücks Guttenstall 4a, 86920 Epfach, Herrn Gottfried Mack, als Eigentümer des Grundstücks Bahnhofstraße 8, 96981 Kinsau und Betreiber der auf diesem Grundstück befindlichen Tankstelle sowie die Fa. Allguth GmbH, Würmtalstraße 35, 82166 Gräfelfing als Mieterin des vorgenannten Tankstellengrundstücks anwaltlich vertreten. Auf uns lautende Vollmachten sind beigelegt.

ALICANTE
BERLIN
BRATISLAVA
BRÜSSEL
BUDAPEST
BUKAREST
DRESDEN
DÜSSELDORF
FRANKFURT/M.
LONDON
MOSKAU
MÜNCHEN
NEW YORK
PRAG
WARSCHAU

Namens und im Auftrag unserer Mandantin und Mandanten erheben wir gegen den Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Denklingen (Tankstelle Lustberg + Gaststätte Lustberg Hof an der B 17/Westseite) folgende Einwendungen:

Noerr LLP ist eine Limited Liability Partnership mit Sitz in Tower 42, 25 Old Broad Street, London EC2N 1HQ, registriert in England und Wales unter der Registernummer OC349228. Die Gesellschaft ist im Partnerschaftsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer PR 945 eingetragen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.noerr.com

I. Verstoß gegen höherstufige Pläne (Anbindungsgebot und Schutz des landschaftlichen Vorbehaltsgebiets Landschaftsraum Lechtal)

1. Verstoß gegen LEP-Ziel 3.3

Der ausgelegte Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Denklingen verstößt gegen die in § 1 Abs. 4 BauGB vorgesehene Pflicht zur Anpassung der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung.

Ziff. 3.3 (Z) des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) vom 01.09.2013 hat folgenden Inhalt:

„Neue Siedlungsflächen sind möglich in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen. Ausnahmen sind zulässig, wenn

- aufgrund der Topographie oder schützenswerter Landschaftsteile oder tangierender Hauptverkehrsstraßen ein angebundener Standort im Gemeindegebiet nicht vorhanden ist,*
- ein Logistikunternehmen oder ein Verteilzentrum eines Unternehmens auf einen unmittelbaren Anschluss an eine Autobahnanschlussstelle oder deren Zubringer oder an eine vierstreifig autobahnähnlich ausgebaute Straße oder auf einen Gleisanschluss angewiesen ist,*
- ein großflächiger produzierender Betrieb mit einer Mindestgröße von 3 ha aus Gründen der Ortsbildgestaltung nicht angebunden werden kann,*
- von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben werden sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigung oder Lärm einschließlich Verkehrslärm, auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden,*
- militärische Konversionsflächen oder Teilflächen hiervon mit einer Bebauung von einigem Gewicht eine dem zivilen Nutzungsarten vergleichbare Prägung aufweisen oder*
- in einer Fremdenverkehrsgemeinde an einen durch eine Beherbergungsnutzung geprägte Standort ein Beherbergungsbetrieb ohne Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes erweitert oder errichtet werden kann.“*

Aus der Begründung zu Ziff. 3.3 LEP ergibt sich, dass die Anbindung neuer Siedlungsflächen (d. h. Flächen, die zum dauernden oder mindestens

regelmäßig vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt werden sollen) an geeignete Siedlungseinheiten einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Zersiedlung darstellt. Vor allem mit Blick auf den demographischen Wandel soll mit der Anbindung neuer Siedlungsflächen ein wirtschaftlicher Ausbau und Unterhalt sowie eine ausreichende Auslastung technischer Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen sichergestellt werden.

Nach der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs handelt es sich bei dem Anbindungsgebot nicht nur um einen bei der Abwägung zu berücksichtigenden Grundsatz der Raumordnung, sondern nach dem ausdrücklichen Willen des Normgebers um ein verbindliches Ziel im Sinn von § 3 ROG Abs. 1 Nr. 2 ROG, das gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bei der Bauleitplanung zwingend zu beachten ist, und – bei Verstoß gegen das Zersiedlungsverbot bzw. Anbindungsgebot – den Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 47 Abs. 6 VwGO gegen einen Bebauungsplan im Rahmen einer summarischen Prüfung rechtfertigt (VGH München, Beschluss vom 03.01.2013 – 1 NE 12.2151 –, BayVBl 2013 406, 407).

Die geplante Tankstelle befindet sich in isolierter Lage, abgesetzt im derzeit ungeplanten Außenbereich ohne jegliche Verbindung zu bestehenden Siedlungszusammenhängen. Ihre baurechtliche Zulassung würde dem landesplanerisch vorgegebenen Anbindungsgebot konträr entgegenlaufen. Es kommt hinzu, dass die als Sondergebiet vorgesehenen großflächigen Bauflächen einen Ansatzpunkt für weitere Siedlungstätigkeit im umliegenden Außenbereich begründen würden. Hierdurch würden einer Zersiedlung der Landschaft und einer ungegliederten, insbesondere bandartigen Siedlungsstruktur entlang der Bundesstraße 17, die nach dem Willen des LEP gerade vermieden werden sollen, Vorschub geleistet.

Die in Ziff. 3.3 des LEP aufgeführten Ausnahmegründe liegen ersichtlich nicht vor. Nach der LEP-Begründung kann eine Ausnahme von dem Ziel der Anbindung lediglich dann in Betracht gezogen werden, wenn auf Grund einer der im Ziel genannten Fallgestaltungen die Anbindung an eine bestehende geeignete Siedlungseinheit nicht möglich ist. Hierfür bestehen vorliegend keine Anhaltspunkte. Entgegen der Auffassung der Gemeinde Denklingen im ausgelegten Entwurf liegen insbesondere die Voraussetzungen des ersten Spiegelstrichs der Ausnahmegründe, d. h. das Nichtvorhandensein eines angebundenes Standort im Gemeindegebiet aufgrund

tangierender Hauptverkehrsstrassen, nicht vor. Zunächst sind deutlich besser angebundene Alternativstandorte entlang der B 17 im Gemeindegebiet ohne Weiteres vorhanden. Zu nennen sind insbesondere die an das vorhandene Industrie- und Gewerbegebiet (Hirschvogel und Taxer) sowie weitere Wohnnutzungen angebundene Flächen nordwestlich und südwestlich der Kreuzung B 17 und Dr.-Manfred-Hirschvogel-Straße. Die Flächen am Knoten B 17 und Ortsverbindungsstraße Denklingen – Epfach hätten gegenüber den geplanten Flächen am Lustberghof zumindest den Vorteil, dass sie sich nicht in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet befinden (vgl. dazu unten unter Ziff. I. 2.).

Ferner verkennt die Gemeinde Denklingen ausweislich des ausgelegten Entwurfs, dass die Ausnahme im ersten Spiegelstrich nicht vom Nichtvorhandensein eines angebundene Standorts „an“ einer tangierenden Hauptverkehrsstrasse ausgeht, sondern das Nichtvorhandensein eines angebundene Standorts „auf Grund tangierender Hauptverkehrsstrassen“ verlangt. Es ist nicht erkennbar, aus welchen Gründen mehrere tangierende Hauptverkehrsstrassen im Gemeindegebiet von Denklingen die Wahl eines angebundene Standorts ausschließen.

Im Übrigen hat die Gemeinde Denklingen bislang überhaupt nicht dargelegt, aus welchen Gründen ein angebundener Standort im Gemeindegebiet, etwa in gut erschlossenen Industrie-, Gewerbe oder Mischgebieten, nicht vorhanden sein soll oder aus welchen Gründen der geplante Gewerbebetrieb auf die vorgesehene Lage zwingend angewiesen ist. Die Rechtsprechung und Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr lässt anknüpfend an die Begründung des LEP eine Ausnahme im Bereich der – hier vorliegenden – gewerblichen Siedlungsentwicklung sehr restriktiv nur in Fällen zu, in denen Bauleitpläne für Vorhaben erstellt werden, die auf spezifische Standortvorteile angewiesen sind, wie etwa ein großer Logistikbetrieb, der einen unmittelbaren Autobahn- oder Eisenbahnanschluss zwingend benötigt (VGH München, Beschluss vom 03.01.2013 – 1 NE 12.2151 –, BayVBl. 2013 406, 407; Kraus, BayVBl. 2010, 618, 619 f.). Eine vergleichbare Ausnahmekonstellation liegt vorliegend ersichtlich nicht vor.

Hinzuweisen ist schließlich darauf, dass den von der Gemeinde Denklingen vorgetragene Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, der Frequenz und des Potentials der geplanten Tankstelle im Hinblick auf die

entgegenstehenden gewichtigen landesplanerischen und städtebaulichen Zielsetzungen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung, des Flächensparens (Innenentwicklung vor Außenentwicklung), der Vermeidung der Zersiedlung und des Landschaftsschutzes im Ergebnis keine maßgebliche Bedeutung zukommt.

2. Verstoß gegen Ziff. Z. 1.1.2 und Ziff. 1.2 des Regionalplans München

Das geplante Vorhaben verstößt gegen die der Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft dienenden Ziele und Grundsätze des Regionalplans München. Dem Kapitel B I 1 des Regionalplans München liegt die Erwägung zugrunde, dass die Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft in allen Teilräumen der Region für die Lebensqualität der Menschen, zur Bewahrung des kulturellen Erbes und zum Schutz der Naturgüter von besonderer Bedeutung ist. Das geplante Vorhaben verstößt gegen die Vorgabe, visuell besonders prägende Landschaftsstrukturen zu erhalten und die Fragmentierung von Landschaftsräumen zu verhindern.

Unter Ziff. Z. 1.1.2 des Regionalplans München ist als regionalplanerisches Ziel festgeschrieben, dass kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsräume ebenso wie historisch bedeutsame Sakral- und Profanbauten, Garten-, Park- und Schlossanlagen zu erhalten sind. Aus der Begründung zu Z. 1.1.2 des Regionalplans München folgt, dass etwa die „typischen Wald-Offenland-Verteilungsmuster [...] an den Hängen und Hangkanten sowie in den Talzügen der Iller-Lech-Schotterplatten“ historische Flur- und Nutzungsformen sind, die das Landschaftsbild in der Region München mit bestimmen. Zu den kulturhistorisch bedeutsamen Landschaftsräumen der Iller-Lech-Schotterplatten zählt vor allem auch die sog. Denklinger-Forst-Platte nordwestlich Schongaus bis zum Stofferberg westlich von Landsberg am Lech. Die Denklinger-Forst-Platte ist eine eigene naturräumliche Untereinheit der Donau-Iller-Lech-Platten im nördlichen Alpenvorland und bildet die Grenze zum Subalpinen Jungmoränenland des südlichen Alpenvorlands. Diese Landschaftsräume zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass in die nach Norden hin geneigte Moränenschotterebenen Trockentäler eingeschnitten sind und die ansonsten flachwelligen, sanft-rundlichen Höhenzüge Bestandteil der typischen Riedellandschaften sind, die heute überwiegend mit Wald bedeckt sind. Durch die mit der Realisierung des geplanten Vorhabens einhergehenden Eingriffe in das Landschaftsbild, v. a. den Wegfall von alten Bäumen und Sträuchern und die

großflächigen Versiegelungen, wird gegen das regionalplanerische Ziel 1.1.2 des Regionalplans München verstoßen, kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsräume, konkret das typische Wald-Offenland-Verteilungsmuster an den Hängen und Hangkanten sowie Talzügen der Iller-Lech-Schotterplatten, zu erhalten.

Das geplante Vorhaben verstößt darüber hinaus gegen den regionalplanerischen Grundsatz der Ziff. 1.2.1 des Regionalplans München. Nach G 1.2.1 des Regionalplans München soll in den landschaftlichen Vorbehaltsgebieten die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts gesichert oder wiederhergestellt werden, die Eigenart des Landschaftsbildes bewahrt und die Erholungseignung der Landschaft erhalten oder verbessert werden. Flächen, in denen den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ein besonderes Gewicht zukommt, werden im Regionalplan München durch die Karte 3 Landschaft und Erholung, i.M. 1:100.000 als landschaftliche Vorbehaltsgebiete festgelegt. Aus der Karte 3 Landschaft und Erholung ergibt sich, dass das Planungsgebiet vollständig innerhalb des festgelegten landschaftlichen Vorbehaltsgebiets Landschaftsraum Lechtal (Ziff. 1.2.2.02) liegt. Die Festlegung gründet darauf, dass das Lechtal eine bedeutende Biotopverbundachse darstellt und vom Bundesamt für Naturschutz als „besonders schutzwürdige Landschaft“ eingestuft ist. Es ist davon auszugehen, dass das Lechtal, seine Hangzüge und stadtnahen Waldgebiete einen Erholungsraum hervorragender Bedeutung darstellen. Die im ausgelegten Flächennutzungsplan zum Ausdruck kommenden baulichen Infrastrukturmaßnahmen stehen der in Ziff. G 1.2.2.02.1 des Regionalplans München getroffene Zielsetzung, dass im landschaftlichen Vorbehaltsgebiet Landschaftsraum Lechtal, strukturreiche Teilräume der westlichen Lechterrasse, standortheimische Wälder aufgebaut werden, Schutzgebietssysteme ergänzt und unterstützt werden und die biologische Vielfalt des Lechtals wiederhergestellt werden soll, diametral entgegen. Statt einer Wiederherstellung der biologischen Vielfalt bzw. des Naturhaushalts und eines Aufbaus standortheimischer Wälder plant die Gemeinde Denklingen mit dem ausgelegten Entwurf weitere Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes durch die Entfernung alter Bäume und Sträucher, die großflächige Versiegelung von Flächen und die Neuerrichtung baulicher Anlagen. Hinsichtlich der Pflicht zur Bewahrung des Landschaftsbildes wird bislang vollkommen unberücksichtigt gelassen, dass allein der geplanten Lärmschutzwand mit einer Höhe von 4,80 m und einer Länge von 8,6 m nahezu unmittelbar an den angrenzenden Wald heran eine verunstal-

tende Wirkung zukommt. Es ist davon auszugehen, dass die dargestellten Grundsätze des Regionalplans München im Rahmen der planerischen Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB von solch hohem Gewicht sind, dass die etwaig städtebaulich für eine Ausweisung des Tankstellenstandorts sprechenden Gründe dahinter zurücktreten. Wirtschaftliche Erwägungen können im Rahmen der planerischen Abwägung ersichtlich nicht ausschlaggebend sein. Überwiegende öffentliche Interessen an der Beibehaltung des gewählten Standortes sind nicht erkennbar.

II. Verstoß gegen das absolute Anbauverbot des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FStrG

Der ausgelegte Flächennutzungsplan der Gemeinde Denklingen dehnt die bebaubaren Flächen in dem für die Tankstelle vorgesehene Sondergebiet ohne Not nordöstlich in den Bereich der Bauverbotszone von 20 m der Bundesstraße 17 aus und verstößt daher gegen das absolute Anbauverbot des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FStrG. Die Vorschrift des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FStrG verbietet innerhalb der engeren Schutzzone die Errichtung von Hochbauten jeder Art, wozu insbesondere auch einzelne Zapfsäulen von Tankstellen, Überdachungen, Werbeanlagen und Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfangs zählen (BVerwG, Urteil vom 27.02.1970 – IV C 48.67 –, BayVBl 1971, 267; *Grupp*, in: Marschall, FStrG, 6. Aufl. 2012, § 9 Rn. 3 f.).

Eine Ausnahme vom Anbauverbot kann nach der Rechtsprechung lediglich in Betracht kommen, wenn der sachliche Konflikt zwischen baulicher Nutzung und den straßenrechtlichen Belangen der Verkehrssicherheit, Leichtigkeit des Verkehrs und der Verkehrsqualität gelöst werden, was vorliegend nur in Betracht käme, wenn für die geplante Tankstelle unter verkehrsspezifischen Gesichtspunkten objektiv nachweislich ein Bedarf bestünde, die Tankstelle die Abwicklung des Verkehrs tatsächlich übernehmen kann und die Tankstelle nicht in unmittelbarem Umfeld einer Kreuzung bzw. mehrerer Zufahrtsstraßen gelegen ist (*Bender*, in: Müller/Schulz, FStrG, 2. Aufl. 2013, § 9 Rn. 119; *Aust*, in: Kodal, Straßenrecht, 7. Aufl. 2010, Kap. 29 Rn. 43; BVerwG, Urteil vom 04.04.1975 – IV C 55.74 –, NJW 1975, 2083 ff.). Für die Tankstelle besteht am geplanten Standort unter Verkehrsgesichtspunkten bereits kein Bedarf, da die geplante Tankstelle aufgrund der Ergebnisse der verkehrstechnischen Untersuchung des Büros Prof. Dr.-Ing. Harald Kurzak vom 19.02.2015 aufgrund von Verkehrssicherheitsaspekten letztlich ausschließlich für den Nord-Süd-Verkehr konzipiert werden kann (vgl. dazu näher unten unter Ziff. III.). Einen entsprechenden Bedarf hat die Gemeinde Denklingen bislang auch nicht nachgewiesen. Gegen eine

Ausnahme spricht ferner, dass der Standort praktisch im Bereich einer unbeschränkt freien Strecke der Bundesstraße ohne Geschwindigkeitsbeschränkung gelegen ist und aufgrund des kreuzungsähnlichen Verkehrscharakters vermehrt mit Unfällen gerechnet werden muss.

III. Verstoß gegen die Pflicht zur Bewältigung der durch den Bebauungsplan ausgelösten Verkehrsbelange

Der ausgelegte Planentwurf verstößt gegen die Pflicht der Gemeinde, den planbedingten Verkehr zu bewältigen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts können sich Anlieger darauf berufen, dass ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Verkehrslage bei der planerischen Abwägung berücksichtigt wird (BVerwG, Beschluss vom 09.11.1979 – 4 N 1/78 u.a. –, BVerwGE 59, 87, 102). Die wegemäßige Erschließung und Anbindung an das Verkehrsnetz muss ausreichend sein, um die von der vorgesehenen Nutzung ausgehenden Belastungen weitgehend störungsfrei, d. h. ohne nennenswerte Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder des Straßenzustandes, auffangen zu können (BVerwG, Beschluss vom 30.06.2014 – 9 B 6/14 –, juris; BVerwG, Urteil vom 19.09.1986 – 4 C 15/84 –, NVwZ 1987, 406, 408; OVG Lüneburg, Beschluss vom 16.02.2010 – 1 LA 88/08 –, BauR 2010, 1066 ff.; OVG Münster, Urteil vom 15.01.1992 – 7 A 81/89 –, NVwZ 1993, 493 ff.).

Hiervon kann bei der im Entwurf des Flächennutzungsplans zum Ausdruck kommenden Verkehrsplanung nicht die Rede sein. Sowohl das Staatliche Bauamt Weilheim, Herr Dr. Streicher, in Schreiben vom 21.04.2015, 16.12.2014 und 24.07.2013 als auch Prof. Dr.-Ing. Harald Kurzak in seiner verkehrstechnischen Untersuchung für eine Tankstellenanlage an der B 17 im Bereich Lustberg vom 19.02.2015, 05.12.2014 und 18.07.2014 weisen ausdrücklich darauf hin, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit die Tankstelle praktisch ausschließlich für den Nord-Süd-Verkehr konzipiert werden muss. Daher müssen aus Richtung Süden kommende potentielle Tankstellen- bzw. Gaststättenkunden, für die sich die geplante Ausfahrt lediglich in Richtung Süden, als ungewöhnliche und nicht sofort erkennbare Situation darstellt, durch geeignete bauliche und verkehrsrechtliche Maßnahmen darauf hingewiesen werden, dass eine Fortsetzung ihrer Fahrt in Richtung Norden bzw. ein Queren zur GVS Guttenstall nicht möglich ist. Gleichwohl sehen die ausgelegten Planentwürfe nach wie vor eine Linksabbiegespur für aus Süden kommende Verkehrsteilnehmer in die geplante Tankstelle bzw. Gaststätte vor und überlassen die Lösung der sich abzeichnenden Verkehrsprobleme dem nachfolgenden Vorhaben- und Erschlie-

Bungsplan, Vorhabenplan der Tankstelle bzw. dem Durchführungsvertrag. Bereits jetzt ist absehbar, dass ein Verkehrskonzept, dass sowohl ein Linksabbiegen bzw. Geradeausfahren der Verkehrsteilnehmer aus der Zufahrt Guttenstall in Richtung Süden bzw. Tankstelle als auch eine hinreichende Verkehrssicherheit und Verkehrsqualität im Bereich geplante Tankstelle und Gaststätte gewährleistet, nicht möglich ist. Es kommt hinzu, dass die vorgesehene Planung verhindert, dass in Höhe Lustberghof eine Haltestelle für RVO-Busse für schulpflichtige Kinder und Jugendliche sowie Auszubildende vorgehalten werden kann. Bereits aus diesen Gründen ist die vorgenommen Abwägung fehlerhaft.

Im Übrigen vermag die sich aus den ausgelegten Plänen ergebende Verkehrsplanung nicht die erforderliche Verkehrssicherheit, Leichtigkeit des Verkehrs und Verkehrsqualität sicherzustellen. Im Vergleich zur geschützten Bestandssituation können motorisierte Besucher und Anwohner der Gaststätte Lustberghof den Bereich zukünftig nicht mehr auf der B 17 in Richtung Norden verlassen. Verkehrsteilnehmer aus der Zufahrt Guttenstall werden faktisch nicht mehr in Richtung Süden auf die B 17 bzw. geradeaus in den Bereich Tankstelle bzw. Gaststätte einfahren können. Gleichzeitig wird durch die Planung der Tankstelle mit Ausfahrt lediglich in Richtung Süden ein neuer Unfallschwerpunkt begründet, da in Süd-Nord-Richtung reisende Verkehrsteilnehmer versuchen werden, ihre Fahrt nach dem Tanken bzw. Besuch der Gaststätte schnellstmöglich in Richtung Norden fortzusetzen. Zu erwarten sind Wendemanöver auf der B 17, Überfahren durchgezogener Linien und das Umfahren der vorgesehenen kleindimensionierten Dreiecksinsel. Die durch die geplante Tankstelle zu erwartende Zunahme des Verkehrs im Kreuzungsbereich würde die ohnehin schon bestehende Unfallgefahr nochmals deutlich erhöhen. Bei einer weiterhin zugelassenen Geschwindigkeit von 100 km/h begründen diese Gesichtspunkte eine erhebliche, in Extremfällen tödliche Unfallgefahr. Die ausgelegten Pläne sehen weder geeignete bauliche, ausreichend große Einbauten, eindeutige Beschilderungen (Fortsetzung der Fahrt für Tankstellenbesucher nur in Richtung Süden möglich) und Verzicht auf ablenkende Werbeanlagen (etwa Masten, Pylone etc.) vor, die verkehrswidrige Falschfahrten bzw. Kollisionen verhindern könnten. Es mag vorliegend dahingestellt bleiben, ob – wie vom Staatlichen Bauamt Weilheim und Verkehrsgutachter vorsorglich gefordert – eine komplette Richtungstrennung des Nord-Süd- und des Süd-Nord-Verkehrs mit Wegfall der Linksabbiegespur und klarer sowie konsequenter Trennung der Fahrtbeziehungen zwischen Gasthof und Tankstelle ausreichen würde, um die Unfallgefahr effektiv auszuschließen. Da die vorgesehene Planung das Interesse auf Aufrechterhaltung der bestehenden Verkehrslage nicht berücksichtigt und die Verkehrssicherheit und

Leichtigkeit des Verkehrs sowie Verkehrsqualität (Stichpunkt Störung des Durchgangsverkehrs und Geschwindigkeitsniveaus) in relevanter Weise herabgesetzt, ist die Abwägung fehlerhaft.

IV. Fehlerhafte Festsetzungen zum Immissionsschutz

Die ausgelegten Pläne setzten zur Bewältigung der planbedingten Lärmschutzkonflikte die Ergebnisse der schalltechnischen Untersuchung der C. Hentschel Consult vom Juli 2013 (Bericht-Nr. 824-2013 V02-1) um. Den Berechnungen der schalltechnischen Untersuchung liegt die Annahme zu Grunde, dass sich an der südöstlichen Grundstücksgrenze im Bereich der 20 m-Bauverbotszone die LKW-Zapfstelle, im Norden des Grundstücks die Lüftungsaggregate und im südwestlichen Grundstücksbereich die Benzinanlieferung befindet (vgl. S. 5 bis 7 und Abbildung 2 auf S. 9 der schalltechnischen Untersuchung der C. Hentschel Consult vom Juli 2013). Nach aktueller Planung des Investors, die auch den Bebauungsplanunterlagen zu Grunde liegt, ist die besonders hohe Schallemissionen verursachende LKW-Zapfstelle einschließlich der Ein- und Ausfahrten der LKW nicht mehr im Südosten, sondern im Südwesten des Grundstücks, d. h. in unmittelbarer Nähe zum Immissionsort IO 1.1 (Betriebsinhaberwohnhaus) vorgesehen. Ferner sollen die lärmintensiven Lüftungsaggregate für die Klimatisierung und Lebensmittelkühlzelle/-regale nach aktueller Planung nicht mehr im nordwestlichen Grundstücksbereich, sondern südöstlich des nach Süden verlagerten Shopgebäudes, d. h. unmittelbar angrenzend an das Betriebsinhaberwohnhaus errichtet werden. Da die schalltechnischen Untersuchung und damit auch die Festsetzungen des Entwurfs eines Flächennutzungsplans die mit der Planänderung des Investors verbundenen Modifizierungen (veränderte Position der Emissionsquellen, abweichende Verkehrsbewegungen etc.) nicht berücksichtigt, bedarf es für die Erstellung einer realistischen Lärmprognose der Aktualisierung der Berechnung bzw. Neuerstellung der schalltechnischen Untersuchung.

Hinzuweisen ist zudem darauf, dass die schalltechnische Untersuchung zum Teil von unzutreffenden Annahmen ausgeht. Beispielsweise wird zur Ermittlung der voraussichtlichen Kundenfrequenz auf die Studie der Hessischen Landesanstalt für Umweltschutz abgestellt und bei der Annahme von lediglich 26 Kunden während der lautesten Nachtsunde am Wochenende im Vergleich zu einer in der Studie aufgeführten Tankstelle mit 63 Kunden pro Stunde und eines Durchschnittswerts von 33 Kunden pro Stunde zu Unrecht unterstellt, dass die geplante Tankstelle am Lustberghof nicht – wie die Referenztankstelle mit 63 Kunden

pro Stunde – von beiden Seiten angefahren werden kann (vgl. S. 6 der der schalltechnischen Untersuchung der C. Hentschel Consult vom Juli 2013). Aufgrund der nach wie vor geplanten Linksabbiegespur für aus Richtung Süden kommende Verkehrsteilnehmer ist das Gegenteil der Fall. Die angesetzte Kundenfrequenz scheint daher zu niedrig angesetzt.

Die Vorkehrungen des Flächennutzungsplanentwurfs zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind teilweise unbestimmt und stehen im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Unter Ziff. 7.1 der textlichen Festsetzungen des Flächennutzungsplanentwurfs ist folgendes geregelt:

„In der Nord- und Ostfassade sind sämtliche Fenster von schutzbedürftigen Räumen nach DIN 4109, Ausgabe November 1989 als nicht öffnungsfähige Fenster auszuführen. Die Lüftung von schutzbedürftigen Räumen in diesen Fassaden ist über Fenster in der schallabgewandten West- und Südfassade oder über eine Lüftungsanlage sicherzustellen.“

Sowohl nach Nr. 6.1 TA Lärm und Nr. A. 1. 3 a) des Anhangs der TA Lärm als auch nach der DIN 18005 sind die maßgeblichen Immissionsrichtwerte bei bebauten Flächen 0,5 m außerhalb der Mitte des geöffneten Fensters des vom Geräusch am stärksten betroffenen schutzbedürftigen Raumes einzuhalten. Die zitierte Vorgabe im Flächennutzungsplan ist insofern unbestimmt, als nicht erkennbar ist, ob die Fenster im Sinne einer strengen Auslegung „nicht offenbar“ sein müssen, so Satz 1 der Festsetzung, oder in die Fenster integrierte Lüftungsanlagen im Sinne des Satzes 2 der Festsetzung zulässig sind. Aus der Festsetzung lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen, was der Entwurf unter „Lüftungsanlage“ versteht. Zudem widerspricht es in jedem Fall dem Schutzziel der TA Lärm, die Möglichkeit einer Überschreitung der nach Nr. 6.1 TA Lärm und Nr. 6.7 maßgeblichen Immissionsrichtwerte mit passivem Lärmschutz zu begegnen. Nach aktueller Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts folgt aus Nr. 6.1 und Nr. A. 1. 3 a) des Anhangs der TA Lärm, dass der Lärmkonflikt zwischen Gewerbe und schutzwürdiger Wohnnutzung stets an der Außenwand der Wohnnutzung und damit unabhängig von der Möglichkeit und Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen gelöst werden muss. Damit gewährleistet die TA Lärm von vornherein für Wohnnutzungen einen Mindestwohnkomfort, der darin besteht, Fenster trotz der vorhandenen Lärmquellen öffnen zu können und eine natürliche Belüftung sowie einen erweiterten Sichtkontakt nach außen zu ermöglichen, ohne dass die Kommunikationssituation im Innern oder das Ruhebe-

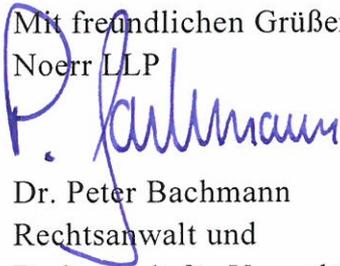
dürfnis und der Schlaf nachhaltig gestört werden können (BVerwG, Urteil vom 29.11.2012 – 4 C 8/11 –, NVwZ 2013, 372, 374; *Oerder/Beutling*, BauR 2013, 1196, 1204 f.). Diesen Vorgaben widerspricht das gewählte Lärmschutzkonzept.

V. Verunstaltende und erdrückende Wirkung der geplanten Lärmschutzwand

Die vorgesehene, ohne die Einhaltung von Abstandsflächen an das Betriebsinhaberwohnhaus anschließende Lärmschutzwand erweist sich aufgrund ihrer erdrückenden Wirkung den Bewohnern des Betriebsinhaberwohnhauses gegenüber auch gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 BauNVO als rücksichtslos. Durch den Baukörper entsteht für die Nachbarn eine Situation, in der sie ihr Grundstück in bedrängender Art und Weise als abgeriegelt empfinden müssen. Durch die überraschende Höhe der Lärmschutzwand von 4,80 m werden den Bewohnern zudem jegliche Aussichsmöglichkeiten genommen.

Mit freundlichen Grüßen

Noerr LLP



Dr. Peter Bachmann

Rechtsanwalt und

Fachanwalt für Verwaltungsrecht

- Anlagen -

VOLLMACHT

In Sachen Willi Maier, Guttenstall 4 a, 86920 Epfach

(Vollmachtgeber)

gegen Gemeinde Denklingen, Hauptstraße 23, 86920 Denklingen
wegen bau- und bauplanungsrechtlicher Beratung Tankstelle Lustberg

wird hiermit der Noerr LLP und den für die Noerr LLP handelnden Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern (siehe Seite 2) unbeschränkt Vollmacht erteilt, einzeln oder gemeinsam, den/die Vollmachtgeber prozessual und außerprozessual gegenüber jedermann, insbesondere gegenüber allen Gerichten und Behörden sowie in allen Instanzen zu vertreten. Gleichzeitig werden alle bisher in dieser Sache von den Bevollmächtigten bereits vorgenommenen Handlungen genehmigt. Die Vollmacht erstreckt sich auf alle Angelegenheiten, die mit dem oben bezeichneten Mandat in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Die Vollmacht umfasst insbesondere auch

- die Abgabe von steuerlichen Anmeldungen/Voranmeldungen sowie von rechtsverbindlichen Erklärungen aller Art in Steuersachen,
- die Einlegung, Zurücknahme und Beschränkung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen aller Art und den Verzicht auf diese,
- das Verfahren wegen Arrest, Einstweiliger Verfügung und Einstweiliger Anordnung,
- das Zwangsvollstreckungsverfahren sowie Insolvenzverfahren,
- den Abschluss und Widerruf von Vergleichen, die Erklärung und Entgegennahme von Verzicht und Anerkenntnis,
- die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, wie z. B. Kündigung und Anfechtung, Aufrechnung und Zurückbehaltung,
- die Berechtigung, Geld oder Geldeswert, Schecks, Wechsel und andere Wertpapiere sowie sonstige Wertgegenstände und Urkunden aller Art, ferner auch Steuererstattungen und Steuervergütungen für den/die Vollmachtgeber in Empfang zu nehmen sowie für seine/ihre Rechnung darüber zu verfügen, ausdrücklich auch im gesetzlichen Hinterlegungsverfahren (insbesondere im Sinne von § 14 Hinterlegungsordnung),
- Vornahme und Empfang von Zustellungen aller Art, in Steuersachen sowie in Verwaltungsverfahren auch als Empfangsbevollmächtigte (§ 123 Abgabenordnung bzw. § 15 Verwaltungsverfahrensgesetz),
- die Tätigkeit als Inlandsvertreter in Patent-, Gebrauchsmuster- und Markensachen (§ 25 PatG, § 28 GebrMG, § 96 MarkenG),
- die Stellung und Zurücknahme von Strafanträgen sowie strafrechtlichen Nebenklageanträgen sowie die Erstattung und Rücknahme von Strafanzeigen.

Die Bevollmächtigten sind berechtigt, im Rahmen der ihnen hiermit eingeräumten Befugnisse ganz oder teilweise Untervollmacht zu erteilen.

Epfach, 30.07.2015

Unterschrift



Noerr LLP
Brienner Str. 28
80333 München
Deutschland
T +49 89 286280
F +49 89 280110
www.noerr.com

ALICANTE
BERLIN
BRATISLAVA
BRÜSSEL
BUDAPEST
BUKAREST
DRESDEN
DÜSSELDORF
FRANKFURT/M.
LONDON
MOSKAU
MÜNCHEN
NEW YORK
PRAG
WARSCHAU

Noerr LLP ist eine Limited Liability Partnership mit Sitz in Tower 42, 25 Old Broad Street, London EC2N 1HQ, registriert in England und Wales unter der Registernummer OC349228. Die Gesellschaft ist im Partnerschaftsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer PR 945 eingetragen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.noerr.com

Berlin
 Noerr LLP
 Charlottenstraße 57
 10117 Berlin

Katrin Andrä, RA
 Dr. Fabian Badtke, LL.M., RA
 Dr. Michael Bergmann, RA
 Dr. Tom Billing, RA
 Felix Blobel, LL.M., RA
 Katharina Domnick, LL.M., RA
 Dr. Kolja Dörrscheidt, RA
 Anka Ehrlich, RA
 Dr. Florian Ehrlich, RA
 Nora Emme, M.J.I., RA
 Dr. Tibor Fedke, LL.M., RA
 Dr. Astrid Frense, RA Notarin
 Dr. Tobias Frevort, RA
 Prof. Dr. Ronald Frohne, RA WP
 Dr. Jan Christoph Funcke, RA
 Dipl.-Wi.Jur. (FH) Christian Garz, StB
 Dr. Martin Geipel, RA
 Dr. Tobias Greb, RA
 Dr. Hilmar Hamm, RA
 Dr. Cosima Haselmann, RA
 Dipl.-Kfm. Dr. Carsten Heinz, StB
 Dr. Thomas Hoffmann, RA
 Hanne Kara, RA
 Dr. Matthias Kaulich, RA
 Ben Kempe, RA
 Dr. Cornelia Kermel, RA
 Dr. Steffi Kindler, RA
 Hans Christian Kirchner, RA
 Dr. Martin Kleinschmitt, RA
 Robert Korndörfer, RA
 Dr. Thomas Lambrich, RA
 Daniel Latta, RA
 Dr. Dirk Lentfer, RA Notar
 Dr. Sascha Leske, LL.M., RA StB
 Meike von Levetzow, RA
 Dr. Robert Loef, RA
 Jessica Loew, LL.M., RA
 Florian-Felix Marquardt, RA
 Marlen Mausch-Liotta, LL.M., RA
 Marcel Messerschmidt, RA
 Prof. Dr. Karsten Metzlauff, RA
 Prof. Dr. Ulrich Michel, RA
 Ariane Neubauer, RA
 Dr. So-Ang Park, LL.M., RA
 Björn Paulsen, RA
 Dr. Andrea Petsch, RA
 Prof. Dr. Christian C. W. Pleister, RA
 Peggy Pytlinski, RA
 Fabian Raddatz, LL.M., RA
 Sandra Sophia Redeker, RA
 Dr. Alexander Ritvay, D.E.S., RA
 Christoph Rollberg, RA
 Dr. Bärbel Sachs, LL.M., RA
 Hanno Schaper, RA
 Dr. Leo Schapiro, RA
 Dr. Henner Schläfke, RA
 Dipl.-Geogr. Dr. Holger Schmitz, RA
 Isabel Schneider, RA
 Dr. Clemens Schönemann, LL.M., RA
 Dr. Stefan Schwab, RA
 Dr. Johanna Siemonsen-Grauer, RA
 Dirk Sievert, LL.M., RA
 Dr. Christoph Spiering, LL.M., RA
 Peter Stauber, LL.M., RA
 Philipp Takjas, LL.M., RA
 Henriette Vollers, RA
 Dr. Olav Wagner, RA
 Dr. Kathrin Westermann, RA
 Dr. Timo Wilke, RA StB
 Steve Zehden, LL.M., RA

Dresden
 Noerr LLP
 Paul-Schwarze-Straße 2
 01097 Dresden

Dr. Morris Besch, RA
 Volker Bock, RA
 Yvonne Dietzel, LL.M., RA
 Jens Gehlich, RA StB
 Dr. Sylvia Kaufhold, Maître en droit, RA
 Katharina Klett, LL.M., RA
 Dr. Lars Leupolt, LL.M., RA
 Robert Matthes, RA
 Bärbel Milsch, RA
 Marlies Raschke, RA
 Evelyn Schulz, RA
 Sabine Sterl-Wündisch, RA
 Otto Stolberg-Stolberg, RA
 Sebastian Voigt, LL.M., RA
 Stefan Wolfgang Weber, RA
 Prof. Dr. Sebastian Wündisch, LL.M., RA
 Markus Zeibig, RA

Düsseldorf
 Noerr LLP
 Speditionstraße 1
 40221 Düsseldorf

Christian Balzer, RA
 Gregor Barbers, LL.M., RA
 Christian Becker-Pennrich, LL.M., RA StB
 Sonja Beier, RA
 Dr. Stefan Blum, RA
 Christoph Brenzinger, RA
 Dr. Jennifer Bryant, RA
 Dr. Andreas Butz, RA
 Bodo Dehne, RA
 René Dubois, RA
 Prof. Dr. Alexander Goepfert, RA
 Dr. Katharina Haehling von Lanzenauer, RA
 Dr. Thomas Heitzer, RA
 Dr. Alexander Hirsch, RA
 Alexander Israel, LL.M., RA
 Dr. Christian Johnen, RA
 Aina Karlström, LL.M., RA
 Dr. Daniel Kassing, LL.M., RA
 Cornelia Kaueroff, RA
 Dr. Birgit Koch, RA
 Dipl.-Kfm. Björn Kreimer, StB
 Nicole Krupp, RA
 Dr. Barbara Lampe, RA
 Dr. Jens Liese, RA
 Dr. Paul Malek, LL.M., RA
 Prof. Dr. Jörg Menzer, RA
 Dr. Patrick Mückl, RA
 Dr. Falk Osterloh, RA
 Stefan Renger, StB
 Dr. Henning Schaloske, RA
 Dipl.-Kfm. Dr. Lutz Schmidt, WP StB
 Dr. Sarah Schmidt-Versteyl, LL.M., RA
 Dr. Tanja Schramm, RA
 Philipp Schröler, RA
 Dr. Maximilian Schulte, RA
 Dr. Sebastian Schürer, RA
 Dr. Maurice Siché, RA
 Dr. Oliver Sieg, RA
 Dr. Ingo Theusinger, RA
 Christina Thiele, RA
 Dipl.-Kfm. Lutz Enno Werner, StB
 David Zafra Carollo, RA

Frankfurt am Main
 Noerr LLP
 Börsenstraße 1
 60313 Frankfurt am Main

Dr. Holger Alfes, LL.M., RA
 Dr. Thomas Bergmann, RA
 Sebastian Bock, RA
 Dr. Kathrin Cagalj, LL.M., RA
 Dr. Jan Dinter, RA
 Dr. Kolja Dörrscheidt, RA
 Michael Eggert, LL.M., RA
 Christof Federwisch, RA
 Dr. Torsten Fett, RA
 Dr. Karsten Fink, RA
 Lucie Nicoletta Gerhardt, RA
 Dr. Matthias Geurts, RA
 Martin Gliewe, RA
 Janik Gossler, LL.M., RA
 Daniel Happ, RA
 Tillmann Hecht, RA
 Dipl.-Finw. (FH) Nikolay Herber, LL.M., StB
 Dr. Dieter Hettenbach, RA
 Dr. Alexander Jänecke, RA Notar
 Hans Christian Kirchner, RA
 Dr. Till Kosche, Solicitor, RA
 Dr. Madlen Kotte, RA
 Jan Kriszeleit, LL.M., RA
 Tobias Kugler, RA
 Dr. Jens Kunz, LL.M., RA
 Dr. Nadejda Kysel, RA
 Dr. Matthias Lüttges, RA
 Dr. Anke Meier, LL.M., RA
 Andreas Naujoks, LL.M., RA
 Dr. Kathrin Nordmeier, RA
 Prof. Dr. Christian C. W. Pleister, RA
 Maren Prigge, RA
 Dr. Thorsten Reinhard, RA Notar
 Dr. Bettina Röder, RA
 Eva Schäfer, RA
 Dr. Dieter Schenk, RA StB
 Matthias Schirmer, LL.M., RA
 Prof. Dr. Joachim Schrey, RA
 Dr. Stephan Schulz, RA
 Dr. Albin Ströbl, RA
 Wolf-Heinrich Stumpf, RA
 Dipl.-Kfm. Dr. Oliver Trautmann, WP StB
 Dr. Maximilian Uibelesen, LL.M., RA
 Dr. Nikolai Warneke, RA
 Dr. Torsten Wehrhahn, LL.M., RA

Eva Weidlich-Flatten, RA
 Dr. A. Dominik Wendel, RA
 Nicolai Wiedemann, LL.M., RA
 Dr. Laurenz Wieneke, LL.M., RA
 Dr. Sebastian Wulff, RA
 Hui Zhao, RA
 Dr. Ivan Zlatanov, LL.M., RA
 Dr. Andrea Zwarg, RA

München
 Noerr LLP
 Brienner Straße 28
 80333 München

Dipl.-Verw. wirt (FH) Martin A. Ahlhaus, RA
 Kerstin Aust, RA
 Dr. Peter Bachmann, RA
 Dr. Maria Bairlein, LL.M., RA
 Dr. Julia Baldus, RA
 Dr. Florian Becker, RA
 Dr. Liane Bednarz, RA
 Dr. Christiane Berr, RA
 Tülay Biecker, RA
 Dr. Alexander Birnstiel, LL.M., RA
 Dr. Matthias Bosch, Dipl.-Ing., PA, EPA
 Prof. Dr. Peter Bräutigam, RA
 Dr. Michael Brellochs, LL.M., RA
 Prof. Dr. Alfred Bülesbach, RA
 Dr. Tobias Bürgers, RA
 Dipl.-Finw. (FH) Christian Dobner, StB
 René Dubois, RA
 Dipl.-Kffr. Elisabeth Dworschak, StB
 Dipl.-Kfm. Georg Edelmann, WP StB
 Dipl.-Kffr. Dr. Michaela Engel, StB
 Uwe M. Erling, LL.M., RA
 Dr. Cathrin Falkner, LL.M., RA
 Dr. Sebastian Fischer, RA
 Dr. Bertold Gaede, RA StB
 Dr. Philipp Göz, Maître en droit, RA
 Dr. Boris Handorn, RA
 Nicole Heider, RA
 Helge Heinrich, RA
 Dr. Petra Hoffmann, RA
 Lucy Holden, Solicitor
 Georg A. Jahn, M.C.L., RA
 Dr. Sebastian Janka, LL.M., RA
 Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Volker Jehle, PA, EPA
 Dr. Arun Kapoor, RA
 Helmut Katschthaler, LL.M., RA
 Dr. Sabine Klett, LL.M., Solicitor, RA
 Prof. Dr. Thomas Klindt, RA
 Dr. Tobias Koppmann, RA
 Prof. Dr. Johannes Kreile, RA
 Prof. Dr. Reinhold Kreile, RA
 Dipl.-Phys. Stefan Kuch, EPA
 Dipl.-Ing. Frank Kunz, PA, EPA
 Dr. Martin Landauer, M.Jur., RA
 Prof. Dr. Alexander Liegl, RA
 Dr. Heidi Mahr, RA
 Klaudia Martini, RA
 Christian Alexander Mayer, RA
 Dipl.-Kfm. Oliver Meyer, StB
 Michael Molitoris, RA
 Dr. Ralph Nack, RA
 Ethel Nanaeva, RA
 Dr. Florian Niermeier, RA
 Valentina Nieß, RA
 Martin Nigl, RA
 Dr. Rudolf Nörr, RA
 Katharina Pehle, RA
 Dr. Christian Pelz, RA
 Dr. Caroline Picot, RA
 Dr. Mansur Pour Rafsendsjani, RA
 Dr. Alexandra Puff, RA
 Dr. Eckart Rabich, RA
 Dr. Hans Joachim Radau, RA
 Dr. Karl Rauser, RA StB
 Dr. Gerald Reger, RA
 Dr. (rer.nat.), Dipl.-Phys. Rudolf Reichold, PA, EPA
 Dr. Michael Reiling, Maître en droit, RA
 Dr. Johannes Richter, LL.M., RA
 Dipl.-Ing. Albrecht Ritter, PA, EPA
 Dr. Daniel Rücker, LL.M., RA
 Dipl.-Kfm. Santiago Ruiz de Vargas, WP
 Dr. Philipp Ruppell, RA
 Dr. Jörg Sädler, LL.M., RA
 Dr. Wolfgang Schelling, Maître en droit, RA
 Ines Schiemann, StB
 Dr. Ralph Schilha, RA
 Dr. Hans-Chr. Schimmelpfennig, RA
 Dr. Eckhart Schlieffenbaum, RA
 Dipl.-Kfm. Irmgard Schlicht, WP StB
 Dipl.-Kfm. Oliver Schließer, WP StB
 Angelika Schmid, RA
 Dr. Georg Chr. Schneider, RA
 Dr. Andreas Schoenemann, LL.M., RA
 Dr. Martin Schorn, RA

Dr. Christoph Schotte, RA
 Dr. Jan-Oliver Schrotz, LL.M., RA
 Dr. Carsten Schucht, RA
 Dr. Frank Schuck, RA
 Dr. Thomas Schulz, LL.M., RA
 Felix Sedlmaier, RA
 Silvia Sparfeld, M.A., RA StB
 Johanna Sprenger, RA
 Dr. Alfred Stiefenhofer, RA StB
 Dr. (biol.hum.), Dipl.-Chem. Christian Störle, PA, EPA
 Detlev Strässer, RA
 Dr. Thomas Thalhofer, RA
 Dr. Wolfram Theiss, RA
 Dr. Stefan Tomiccic, RA
 Tatjana Tscherevko, LL.M., RA
 Dr. Marco Tucci, LL.M., RA
 Dr. Tim Uschkerit, RA
 Christine Volohonsky, RA
 Tilmann Walz, RA
 Dr. Stefan Weise, RA
 Dr. Susanne Wende, LL.M., RA
 Matthias Weyhreter, RA
 Stefan Wilmer, RA
 Marco Winterer, RA
 Dipl.-BW. (FH) Nicole Wistop, WP
 Konrad Zdanowiecki, RA
 Dr. Christiane Zedelius, RA
 Dr. Hans-Peter Zier, RA
 Dipl.-Kfm. Thomas Zollner, WP StB

° Partner der LLP

* Of Counsel bei Noerr, Patentanwalt (PA), European Patent Attorney (EPA), zugleich tätig in der Bosch Jehle Patentanwalts-Gesellschaft GmbH

VOLLMACHT

In Sachen Herr Gottfried Mack

*Bahnhofstr. 8
86981 Kinsau*

(Vollmachtgeber)

gegen Gemeinde Denklingen

wegen Bauplanungsrechtlicher Beratung Tankstelle Lustberg

wird hiermit der Noerr LLP und den für die Noerr LLP handelnden Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern (siehe Seite 2) unbeschränkt Vollmacht erteilt, einzeln oder gemeinsam, den/die Vollmachtgeber prozessual und außerprozessual gegenüber jedermann, insbesondere gegenüber allen Gerichten und Behörden sowie in allen Instanzen zu vertreten. Gleichzeitig werden alle bisher in dieser Sache von den Bevollmächtigten bereits vorgenommenen Handlungen genehmigt. Die Vollmacht erstreckt sich auf alle Angelegenheiten, die mit dem oben bezeichneten Mandat in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Die Vollmacht umfasst insbesondere auch

- die Abgabe von steuerlichen Anmeldungen/Voranmeldungen sowie von rechtsverbindlichen Erklärungen aller Art in Steuersachen,
- die Einlegung, Zurücknahme und Beschränkung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen aller Art und den Verzicht auf diese,
- das Verfahren wegen Arrest, Einstweiliger Verfügung und Einstweiliger Anordnung,
- das Zwangsvollstreckungsverfahren sowie Insolvenzverfahren,
- den Abschluss und Widerruf von Vergleichen, die Erklärung und Entgegennahme von Verzicht und Anerkenntnis,
- die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, wie z. B. Kündigung und Anfechtung, Aufrechnung und Zurückbehaltung,
- die Berechtigung, Geld oder Geldeswert, Schecks, Wechsel und andere Wertpapiere sowie sonstige Wertgegenstände und Urkunden aller Art, ferner auch Steuererstattungen und Steuervergütungen für den/die Vollmachtgeber in Empfang zu nehmen sowie für seine/ihre Rechnung darüber zu verfügen, ausdrücklich auch im gesetzlichen Hinterlegungsverfahren (insbesondere im Sinne von § 14 Hinterlegungsordnung),
- Vornahme und Empfang von Zustellungen aller Art, in Steuersachen sowie in Verwaltungsverfahren auch als Empfangsbevollmächtigte (§ 123 Abgabenordnung bzw. § 15 Verwaltungsverfahrensgesetz),
- die Tätigkeit als Inlandsvertreter in Patent-, Gebrauchsmuster- und Markensachen (§ 25 PatG, § 28 GebrMG, § 96 MarkenG),
- die Stellung und Zurücknahme von Strafanträgen sowie strafrechtlichen Nebenklageanträgen sowie die Erstattung und Rücknahme von Strafanzeigen.

Die Bevollmächtigten sind berechtigt, im Rahmen der ihnen hiermit eingeräumten Befugnisse ganz oder teilweise Untervollmacht zu erteilen.

Kinsau 17.08.2015
Ort, Datum

Gottfried Mack
Unterschrift

Noerr LLP
Brienner Str. 28
80333 München
Deutschland
T +49 89 286280
F +49 89 280110
www.noerr.com

ALICANTE
BERLIN
BRATISLAVA
BRÜSSEL
BUDAPEST
BUKAREST
DRESDEN
DÜSSELDORF
FRANKFURT/M.
LONDON
MOSKAU
MÜNCHEN
NEW YORK
PRAG
WARSCHAU

Berlin
 Noerr LLP
 Charlottenstraße 57
 10117 Berlin

Katrin Andrä, RA
 Dr. Fabian Badtke, LL.M., RA
 Dr. Michael Bergmann, RA
 Dr. Tom Billing, RA
 Felix Blobel, LL.M., RA
 Hanna Boeckmann, LL.M., RA
 Katharina Domnick, LL.M., RA
 Dr. Kolja Dörrscheidt, RA
 Anka Ehrlich, RA
 Dr. Florian Ehrlich, RA
 Dr. Tibor Fedke, LL.M., RA
 Dr. Astrid Frense, RA Notarin
 Dr. Tobias Frevert, RA
 Prof. Dr. Ronald Frohne, RA WP
 Dr. Jan Christoph Funcke, RA
 Dipl.-Wi.Jur. (FH) Christian Garz, StB
 Dr. Martin Geipel, RA
 Isabel Giancristofano, RA
 Dr. Tobias Greb, RA
 Dr. Hilmar Hamm, RA
 Dr. Cosima Haselmann, RA
 Dipl.-Kfm. Dr. Carsten Heinz, StB
 Dr. Thomas Hoffmann, RA
 Hanne Kara, RA Notarin
 Ben Kempe, RA
 Dr. Cornelia Kermel, RA
 Dr. Steffi Kindler, RA
 Hans Christian Kirchner, RA
 Dr. Martin Kleinschmitt, RA
 Robert Korndörfer, RA
 Daniel Latta, RA
 Dr. Dirk Lentfer, RA Notar
 Dr. Sascha Leske, LL.M., RA StB
 Meike von Levetzow, RA
 Jessica Loew, LL.M., RA
 Florian-Felix Marquardt, RA
 Marlen Mausch-Liotta, LL.M., RA
 Dr. Marcel Messerschmidt, RA
 Prof. Dr. Karsten Metzloff, RA
 Prof. Dr. Ulrich Michel, RA
 Ariane Neubauer, RA
 Dr. So-Ang Park, LL.M., RA
 Björn Paulsen, RA
 Prof. Dr. Christian C. W. Pleister, RA
 Dr. Sascha Pres, RA
 Peggy Pytlinski, RA
 Fabian Raddatz, LL.M., RA
 Sandra Sophia Redeker, RA
 Dr. Alexander Ritvay, D.E.S., RA
 Christoph Rollberg, RA
 Dr. Bärbel Sachs, LL.M., RA
 Dr. Charlotte Sander, LL.M., RA
 Hanno Schaper, RA
 Dr. Leo Schapiro, RA
 Dr. Henner Schläfke, RA
 Dipl.-Geogr. Dr. Holger Schmitz, RA
 Dr. Clemens Schönemann, LL.M., RA
 Pascal Schumacher, RA
 Dr. Stefan Schwab, RA
 Dr. Johanna Siemonsen-Grauer, RA
 Dirk Sievert, LL.M., RA
 Dr. Christoph Spiering, LL.M., RA
 Peter Stauber, LL.M., RA
 Philipp Takjas, LL.M., RA
 Katie Tam-Schmick, Solicitor
 Dr. Oliver Vahrenholt, RA
 Henriette Vollers, RA
 Dr. Olav Wagner, RA
 Dr. Kathrin Westermann, RA
 Dr. Timo Wilke, RA StB
 Steve Zehden, LL.M., RA

Dresden
 Noerr LLP
 Paul-Schwarze-Straße 2
 01097 Dresden

Katja Becker, StB
 Dr. Morris Besch, RA
 Volker Bock, RA
 Yvonne Dietzel, LL.M., RA
 Jens Gehlich, RA StB
 Dr. Sylvia Kauffhold, Maître en droit, RA
 Katharina Klett, LL.M., RA
 Dr. Lars Leupolt, LL.M., RA
 Robert Matthes, RA
 Bärbel Milsch, RA
 Marlies Raschke, RA
 Evelyn Schulz, RA
 Sabine Sterl-Wündisch, RA
 Otto Stolberg-Stolberg, RA
 Sebastian Voigt, LL.M., RA
 Stefan Wolfgang Weber, RA
 Prof. Dr. Sebastian Wündisch, LL.M., RA
 Markus Zeibig, RA

Düsseldorf
 Noerr LLP
 Speditionstraße 1
 40221 Düsseldorf

Christian Balzer, RA
 Meribeth Banaschik, Attorney-at-Law (Texas)
 Gregor Barbers, LL.M., RA
 Christian Becker-Pennrich, LL.M., RA StB
 Sonja Beier, RA
 Dr. Stefan Blum, RA
 Christoph Brenzinger, RA
 Dr. Jennifer Bryant, RA
 Dr. Andreas Butz, RA
 Bodo Dehne, RA
 René Dubois, RA
 Dr. Kathrin Feldmann, RA
 Prof. Dr. Alexander Goepfert, RA
 Dr. Katharina Haehling von Lanzenauer, RA
 Dr. Thomas Heitzer, RA
 Dr. Alexander Hirsch, RA
 Alexander Israel, LL.M., RA
 Dr. Christian Johnen, RA
 Aina Karlström, LL.M., RA
 Dr. Daniel Kassing, LL.M., RA
 Cornelia Kaueroff, RA
 Dr. Birgit Koch, RA
 Dipl.-Kfm. Björn Kreimer, StB
 Nicole Krupp, RA
 Dr. Barbara Lampe, RA
 Dr. Jens Liese, RA
 Raphael Lischka, RA
 Dr. Paul Malek, LL.M., RA
 Prof. Dr. Jörg Menzer, RA
 Dr. Patrick Mückl, RA
 Dr. Falk Osterloh, RA
 Dr. Alexandra Otto, RA
 Annette Pospich, RA
 Stefan Renger, StB
 Dr. Henning Schaloske, RA
 Dipl.-Kfm. Dr. Lutz Schmidt, WP StB
 Dr. Sarah Schmidt-Versteil, LL.M., RA
 Dr. Tanja Schramm, RA
 Philipp Schröler, RA
 Dr. Maximilian Schulte, RA
 Dr. Sebastian Schürer, RA
 Dr. Maurice Séché, RA
 Dr. Oliver Sieg, RA
 Dr. Ingo Theusinger, RA
 Christina Thiele, RA
 Dipl.-Kfm. Lutz Enno Werner, StB
 David Zafra Carollo, RA

Frankfurt am Main
 Noerr LLP
 Börsenstraße 1
 60313 Frankfurt am Main

Michael Achtert, RA
 Dr. Holger Alfes, LL.M., RA
 Dr. Thomas Bergmann, RA
 Sebastian Bock, RA
 Dr. Kathrin Cagalj, LL.M., RA
 Dr. Jan Dinter, RA
 Dr. Kolja Dörrscheidt, RA
 Michael Eggert, LL.M., RA
 Christof Federwisch, RA
 Dr. Torsten Fett, RA
 Dr. Karsten Fink, RA
 Katrin Gänsler, WP StB
 Lucie Nicoletta Gerhardt, RA
 Dr. Matthias Geurts, RA
 Martin Giewe, RA
 Janik Gossler, LL.M., RA
 Dr. Sophia Habbe, RA
 Daniel Happ, RA
 Tillmann Hecht, RA
 Dipl.-Finw. (FH) Nikolay Herber, LL.M., StB
 Dr. Dieter Hettenbach, RA
 Dr. Elisabeth Heuser, RA
 Dr. Alexander Jänecke, RA Notar
 Jacek Kielkowski, LL.M., RA
 Hans Christian Kirchner, RA
 Dr. Dominik Kloka, LL.M., RA
 Dr. Till Kosche, Solicitor, RA
 Dr. Madlen Kotte, RA
 Jan Kriszeleit, LL.M., RA
 Tobias Kugler, RA
 Dr. Jens Kunz, LL.M., RA
 Dr. Lars Kutzner, RA
 Dr. Nadejda Kysel, RA
 Dr. Dennis Lepczyk, RA
 Dr. Matthias Lüttges, RA
 Dr. Anke Meier, LL.M., RA
 Daniel Müller, RA
 Andreas Naujoks, LL.M., RA
 Dr. Kathrin Nordmeier, RA
 Prof. Dr. Christian C. W. Pleister, RA
 Maren Prigge, RA
 Dr. Thorsten Reinhard, RA Notar

Dr. Bettina Röder, RA
 Eva Schäfer, RA
 Dr. Dieter Schenk, RA StB
 Matthias Schirmer, LL.M., RA
 Prof. Dr. Joachim Schrey, RA
 Dr. Stephan Schulz, RA
 Dr. Christian Schützler, RA
 Dr. Albin Ströbl, RA
 Wolf-Heinrich Stumpf, RA
 Dipl.-Kfm. Dr. Oliver Trautmann, WP StB
 Dr. Maximilian Uebeisen, LL.M., RA
 Dr. Nikolai Warneke, RA
 Dr. Torsten Wehrhahn, LL.M., RA
 Eva Weidlich-Flatten, RA
 Dr. A. Dominik Wendel, RA
 Dr. Laurenz Wieneke, LL.M., RA
 Dr. Sebastian Wulff, RA
 Hui Zhao, RA
 Dr. Ivan Zlatanov, LL.M., RA
 Dr. Andrea Zwarg, RA

München
 Noerr LLP
 Brienner Straße 28
 80333 München

Dipl.-Verw.wirt (FH) Martin A. Ahlhaus, RA
 Dr. Kerstin Aust, RA
 Dr. Peter Bachmann, RA
 Dr. Julia Baldus, RA
 Dr. Florian Becker, RA
 Dr. Liane Bednarz, RA
 Dr. Christiane Berr, RA
 Tülay Biecker, RA
 Dr. Alexander Birnstiel, LL.M., RA
 Dr. Matthias Bosch, Dipl.-Ing., PA, EPA
 Prof. Dr. Peter Brütigam, RA
 Dr. Michael Brellocks, LL.M., RA
 Prof. Dr. Alfred Büllsbach, RA
 Dr. Tobias Bürgers, RA
 Dr. Steffen Burrer, RA
 René Dubois, RA
 Dipl.-Kffr. Elisabeth Dworschak, StB
 Dipl.-Kfm. Georg Edelmann, WP StB
 Dipl.-Kffr. Dr. Michaela Engel, StB
 Uwe M. Erling, LL.M., RA
 Dr. Cathrin Falkner, LL.M., RA
 Dr. Sebastian Fischer, RA
 Dr. Bertold Gaede, RA StB
 Dr. Philipp Góz, Maître en droit, RA
 Dr. Boris Handorn, RA
 Cornelia Härtl, RA
 Nicole Heider, RA
 Helge Heinrich, RA
 Dr. Birthe Hericks, RA
 Dr. Petra Hoffmann, RA
 Lucy Holden, Solicitor
 Dr. Benjamin Jahn, RA
 Georg A. Jahn, M.C.L., RA
 Dr. Sebastian Janka, LL.M., RA
 Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Volker Jehle, PA, EPA
 Dr. Arun Kapoor, RA
 Helmut Katschthaler, LL.M., RA
 Manuela Kirchner, RA
 Dr. Sabine Klett, LL.M., Solicitor, RA
 Prof. Dr. Thomas Klindt, RA
 Dr. Tobias Koppmann, RA
 Prof. Dr. Johannes Kreile, RA
 Prof. Dr. Reinhold Kreile, RA
 Dr. Tobias Kruijs, LL.M., RA
 Dipl.-Phys. Stefan Kuch, EPA
 Dipl.-Ing. Frank Kunz, PA, EPA
 Dr. Martin Landauer, M.Jur., RA
 Prof. Dr. Alexander Liegl, RA
 Dr. Heidi Mahr, RA
 Klaudia Martini, RA
 Christian Alexander Mayer, RA
 Dr. Simon Menz, RA
 Dr. Maria Mesch, LL.M., RA
 Dipl.-Kfm. Oliver Meyer, StB
 Michael Molitoris, RA
 Dr. Ralph Nack, RA
 Ethel Nanaeva, RA
 Dr. Florian Niermeier, RA
 Valentina Nieß, RA
 Martin Nigl, RA
 Dr. Rudolf Nörr, RA
 Katharina Pehle, RA
 Dr. Christian Pelz, RA
 Dr. Caroline Picot, RA
 Dr. Mansur Pour Rafsendjani, RA
 Dr. Eckart Rabich, RA
 Dr. Hans Joachim Radau, RA
 Dr. Karl Rauser, RA StB
 Dr. Gerald Reger, RA
 Dr. (rer.nat.), Dipl.-Phys. Rudolf Reichold, PA, EPA
 Dr. Michael Reiling, Maître en droit, RA
 Dr. Christoph Rieken, LL.M., RA
 Dipl.-Ing. Albrecht Ritter, PA, EPA
 Dr. Daniel Rücker, LL.M., RA

Dipl.-Kfm. Santiago Ruiz de Vargas, WP
 Dr. Philipp Ruppell, RA
 Dr. Wolfgang Schelling, Maître en droit, RA
 Ines Schiemann, StB
 Dr. Ralph Schilha, RA
 Dr. Hans-Chr. Schimmelpfennig, RA
 Dr. Eckhart Schleifenbaum, RA
 Dipl.-Kfm. Irmgard Schlicht, WP StB
 Dipl.-Kfm. Oliver Schließer, WP StB
 Angelika Schmid, RA
 Dr. Georg Chr. Schneider, RA
 Dr. Andreas Schoenemann, LL.M., RA
 Dr. Martin Schorn, RA
 Dr. Christoph Schotte, RA
 Gustav Schubert, RA
 Dr. Carsten Schucht, RA
 Dr. Frank Schuck, RA
 Dr. Thomas Schulz, LL.M., RA
 Felix Sedlmaier, RA
 Silvia Sparfeld, M.A., RA StB
 Johanna Sprenger, RA
 Dr. Alfred Stiefenhofer, RA StB
 Detlev Strässer, RA
 Dr. Thomas Thalhofer, RA
 Dr. Wolfram Theiss, RA
 Dr. Stefan Tomcic, RA
 Tatjana Tscherevok, LL.M., RA
 Dr. Marco Tucci, LL.M., RA
 Dr. Tim Uschkeret, RA
 Christine Volohonsky, RA
 Janina Voogd, LL.M., RA
 Tilmann Walz, RA
 Dr. Stefan Weise, RA
 Dr. Susanne Wende, LL.M., RA
 Matthias Weyhreter, RA
 Stefan Wilmer, RA
 Marco Winterer, RA
 Dipl.-BW. (FH) Nicole Wistop, WP
 Konrad Zdanowiecki, RA
 Dr. Christiane Zedelius, RA
 Dr. Hans-Peter Zier, RA
 Dipl.-Kfm. Thomas Zollner, WP StB

° Partner der LLP

* Of Counsel bei Noerr, Patentanwalt (PA), European Patent Attorney (EPA), zugleich tätig in der Bosch Jehle Patentanwalts-Gesellschaft GmbH

Noerr

Noerr LLP
 Brienner Str. 28
 80333 München
 Deutschland
 T +49 89 286280
 F +49 89 280110
 www.noerr.com

ALICANTE
 BERLIN
 BRATISLAVA
 BRÜSSEL
 BUDAPEST
 BUKAREST
 DRESDEN
 DÜSSELDORF
 FRANKFURT/M.
 LONDON
 MOSKAU
 MÜNCHEN
 NEW YORK
 PRAG
 WARSCHAU

VOLLMACHT

In Sachen **Allguth GmbH, Würmtalstraße 35, 82166 Gräfelfing**

(Vollmachtgeber)

gegen **Gemeinde Denklingen**

wegen **Tankstelle Lustberg, Änderung Flächennutzungsplan**

wird hiermit der Noerr LLP und den für die Noerr LLP handelnden Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern (siehe Seite 2) unbeschränkt Vollmacht erteilt, einzeln oder gemeinsam, den/die Vollmachtgeber prozessual und außerprozessual gegenüber jedermann, insbesondere gegenüber allen Gerichten und Behörden sowie in allen Instanzen zu vertreten. Gleichzeitig werden alle bisher in dieser Sache von den Bevollmächtigten bereits vorgenommenen Handlungen genehmigt. Die Vollmacht erstreckt sich auf alle Angelegenheiten, die mit dem oben bezeichneten Mandat in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Die Vollmacht umfasst insbesondere auch

- die Abgabe von steuerlichen Anmeldungen/Voranmeldungen sowie von rechtsverbindlichen Erklärungen aller Art in Steuersachen,
- die Einlegung, Zurücknahme und Beschränkung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen aller Art und den Verzicht auf diese,
- das Verfahren wegen Arrest, Einstweiliger Verfügung und Einstweiliger Anordnung,
- das Zwangsvollstreckungsverfahren sowie Insolvenzverfahren,
- den Abschluss und Widerruf von Vergleichen, die Erklärung und Entgegennahme von Verzicht und Anerkenntnis,
- die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, wie z. B. Kündigung und Anfechtung, Aufrechnung und Zurückbehaltung,
- die Berechtigung, Geld oder Geldeswert, Schecks, Wechsel und andere Wertpapiere sowie sonstige Wertgegenstände und Urkunden aller Art, ferner auch Steuererstattungen und Steuervergütungen für den/die Vollmachtgeber in Empfang zu nehmen sowie für seine/ihre Rechnung darüber zu verfügen, ausdrücklich auch im gesetzlichen Hinterlegungsverfahren (insbesondere im Sinne von § 14 Hinterlegungsordnung),
- Vornahme und Empfang von Zustellungen aller Art, in Steuersachen sowie in Verwaltungsverfahren auch als Empfangsbevollmächtigte (§ 123 Abgabenordnung bzw. § 15 Verwaltungsverfahrensgesetz),
- die Tätigkeit als Inlandsvertreter in Patent-, Gebrauchsmuster- und Markensachen (§ 25 PatG, § 28 GebrMG, § 96 MarkenG),
- die Stellung und Zurücknahme von Strafanträgen sowie strafrechtlichen Nebenklageanträgen sowie die Erstattung und Rücknahme von Strafanzeigen.

Die Bevollmächtigten sind berechtigt, im Rahmen der ihnen hiermit eingeräumten Befugnisse ganz oder teilweise Untervollmacht zu erteilen.

Ort, Datum

Unterschrift

 **ALLGUTH GmbH**
 Würmtalstraße 35
 82166 Gräfelfing
 Tel. (089) 71052-0

Noerr LLP ist eine Limited Liability Partnership mit Sitz in Tower 42, 25 Old Broad Street, London EC2N 1HQ, registriert in England und Wales unter der Registernummer OC349228. Die Gesellschaft ist im Partnerschaftsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer PR 945 eingetragen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter